



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellungnahme von Kai Gehring MdB

zur Antwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf die Kleine Anfrage „Lesbische und schwule Jugendliche“ (Bt.-Drs. 17/2348)

Berlin, 17.07.2010

Kai Gehring, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 2054
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
kai.gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kai Gehring MdB:
Limbecker Str. 48-50
45127
Telefon: +49 201-2698-200
Fax: +49 201-2698-249
kai.gehring.wk@bundestag.de

:
Telefon: +49 -
Fax: +49 -

Sprecher für Jugend und Generationen

Sprecher für Hochschulfragen

„Die Bundesregierung vernachlässigt und ignoriert die Belange homosexueller Jugendlicher. Die Lebenssituation lesbischer und Jugendlicher scheint dem Schröder-Ministerium schlichtweg gleichgültig zu sein. Das Desinteresse und die Ignoranz gegenüber 5-10 Prozent der Jugendlichen ist beschämend und nicht hinnehmbar.

Kein Problembewusstsein, krasse Wissenslücken, null Willen zur Veränderung – wenn es um die schwierige Lage lesbischer und schwuler Jugendlicher geht, steckt das Jugendministerium einfach den Kopf in den Sand. Lesbische und schwule Jugendliche brauchen offensive Förderstrategien und **breite Unterstützung statt verantwortungsloses Schulterzucken.**

Wir brauchen endlich beherztes Handeln statt Wegsehen. Wer wie das Schröder-Ministerium nur auf Sparflamme handelt, nimmt die Benachteiligung und Diskriminierung homosexueller Jugendlicher billigend in Kauf. Die eigenen hehren Diversity-Ziele tritt schwarz-gelb mit Füßen – für schwule und lesbische Jugendliche gelten sie offensichtlich nicht.

Wir fordern daher ein Sofortprogramm, um die Situation lesbischer und schwuler Jugendlicher zu verbessern - dazu müssen u.a. gehören:

- ein breiter nationaler **Aktionsplan** gegen Homophobie, zur Akzeptanzförderung gegenüber sexueller Vielfalt und Antidiskriminierungsarbeit
- ein **Maßnahmenpaket** von Bund und Ländern zur Stärkung lesbischer und schwuler Jugendlicher, vor allem in Bildungs- und Jugendeinrichtungen
- eine breite bundesweite **wissenschaftliche Studie** zu Lebenslagen homosexueller Jugendlicher
- eine breitere und **systematische Förderung** der schwul-lesbischen Jugendarbeit und -angebote aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes
- umfassende **Präventionsstrategien**, um die dramatisch hohen Zahlen von Mobbing, Gewalt und Suizidversuchen homosexueller Jugendlicher drastisch zu senken



- **Aus- und Weiterbildungsprogramme** für Lehrkräfte und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe u.a. zu den Themen sexuelle Vielfalt und Identität, Coming Out und Prävention von Homophobie
- eine Erweiterung des **Nationalen Integrationsplans** um interkulturelle Angebote zu den Themen sexuelle Vielfalt und Homophobie“

Unsere zentralen Kritikpunkte im Einzelnen:

1. Bundesregierung stellt sich unwissend:

Beschämend ist die Antwort auf die Erklärung für und Maßnahmen gegen die – im Vergleich zu heterosexuellen Jugendlichen - viermal höhere **Suizid(versuchs)rate** homosexueller Jugendlicher (Frage 6/7) („Der Bundesregierung liegen keine statistischen Daten zur Rate der Suizidversuche bei lesbischen und schwulen Jugendlichen vor.“). Dies ist nicht plausibel, denn im Dokument selbst wird mehrfach auf eine weitere Antwort der BR (BT 16/4818) auf eine Große Anfrage der grünen Fraktion verwiesen, in der die BR feststellte: „In der Mehrzahl der bisher veröffentlichten Befunde (...) wird zudem eine hohe Suizid (Versuchs) rate ausgewiesen. Einer Studie der Berliner Senatsverwaltung (...) von 1999 zufolge hatte 18% der schwulen und lesbischen Jugendlichen bereits einen oder mehrere Suizidversuche hinter sich (...). Damit ist das Suizidrisiko bei gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen viermal höher als bei Jugendlichen mit heterosexueller Orientierung.“

Skandalös ist auch das **Ignorieren von Erkenntnissen über pseudowissenschaftliche Konversions- und Reparationstherapien** (Frage 22: „Der Bundesregierung liegen zu dieser Art von Angeboten keine Informationen vor.“). Dies ist völlig inakzeptabel, da diese Themen im Jahr 2008 in einer Kleinen Anfrage der grünen Fraktion (BT 16/7917, Antwort BT 16/ 8022) und einer breiten medialen Diskussion thematisiert wurden (vor allem zum „Christival“ unter der Schirmherrschaft der damaligen Familienministerin von der Leyen).

Auch über kulturelle Ansatzpunkte und Gegenstrategien zur Homophobie in unserer Einwanderungsgesellschaft schweigt die BR weitgehend, obwohl das Bundesministerium Studien über die **schwierige Lebenssituation von homosexuellen Jugendlichen mit Migrationsbackground** finanzierte.

Die Ahnungslosigkeit der Bundesregierung unterstreicht erneut die Notwendigkeit der von uns seit langem geforderte **Studie zur Lebenssituation lesbischer und schwuler Jugendlicher** (wurde von Rot-Grün in der 15. Wahlperiode – vor sechs Jahren! – beschlossen und



weder von der Großen Koalition noch von Schwarz-Gelb bisher umgesetzt).

2. Es gibt einen riesigen Handlungsbedarf und große schwarz-gelbe Einfallslosigkeit bei konkreten Maßnahmen:

Die BR konstatiert ein **schlechteres Gesundheitsniveau** für homosexuelle Jugendliche, deren Familien aus Ländern mit Repressalien gegen Homosexualität (zu Frage 2) stammen, zieht aus dieser Feststellung jedoch keinerlei (!) Konsequenzen.

Die BR konstatiert vielfältige Formen von **Gewalt** gegenüber schwulen und lesbischen Jugendlichen, sieht aber keinerlei (!) eigenen Handlungsbedarf (Frage 11), sondern verweist lediglich auf eine Länderstudie.

Im Gegensatz dazu steht die **Aktivität der grünen Fraktion**, denn die wenigen zitierten Maßnahmen gehen größtenteils auf Anregungen aus parlamentarischen Initiativen unserer Fraktion zurück (wie z.B. die Überprüfung jamaikanischer Songs auf homophobe und gewaltverherrlichende Inhalte).

3. Weitere verpasste Chancen der Bundesregierung:

Offensichtlich hat die BR kein Interesse daran, die Rechte schwuler und lesbischer Menschen offensiv zu stärken:

Islamkonferenz: ernüchterndes und erschreckendes Desinteresse der BR hinsichtlich einer Erklärung mit muslimischen Organisationen gegen Homophobie (Frage 18).

NIP (Nationaler Integrationsplan): keine Selbstverpflichtungen von Ländern und Kommunen zur Förderung von interkulturell angelegten Angeboten, der Bund sieht auch hier anscheinend keine Handlungsnot.

Nationaler Aktionsplan (NAP) zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und darauf bezogener Intoleranz: keine Angabe über Weiterentwicklung hinsichtlich des wichtigen Problem- und Handlungsfelds Homophobie (Frage 12).